

regionaler Pressespiegel vom 22.12.2012

Unermüdlich und preisgekrönt – Bündnis Dresden Nazifrei

Campusradio Dresden, 29. November 2012 by Jasko Rust

Vor kurzem wurde der diesjährige sächsische Förderpreis für Demokratie verliehen. Den Hauptpreis erhielt das Aktionsbündnis "Dresden Nazifrei". Dieses Bündnis ruft seit drei Jahren dazu auf, den Aufmarsch von Neonazis am 13. Februar und dem darauffolgenden Samstag zu blockieren. Mit großem Erfolg. Denn Dresden ist für diese beiden Tage nicht mehr der europaweite zentrale Anlaufpunkt für Neonazis.

In der Funkstube haben unsere Moderatoren Max und Jasko den Pressesprecher des Aktionsbündnisses, Silvio Lang, am Telefon interviewt.

<http://campusradiodresden.de/2012/11/29/telefoninterview-bundnis-dresden-nazifrei/#.UMpU0YP8Jyc>

Dresdner Staatsanwaltschaft eröffnet erneut Ermittlungsverfahren (Update 12.12.)

addn.me, 11.12.12

Die Dresdner Staatsanwaltschaft hat gegen den Grünen Landtagsabgeordneten Johannes Lichdi nach fast zwei Jahren im Verfahren wegen der Beteiligung an einer der erfolgreichen Blockaden am 19. Februar 2011 (!) eingeleitet. Der Abgeordnete kommentierte den Beschluss mit den Worten: "Ich bin stolz, an der Platzbesetzung an der Reichenbacherstraße teilgenommen zu haben und mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ein wirksames Zeichen gegen den Naziaufmarsch gesetzt zu haben." Am 13. Januar 2013 werden die Mitglieder des Immunitätsausschusses im Landtag über den Antrag auf Aufhebung seiner Immunität entscheiden. Ein ähnliches Verfahren gegen Lichdis Parteikollegin Eva Jähnigen war erst in Oktober eingestellt worden.

Fast zeitgleich dazu wurde Lichdis Regionalbüro in Meißen Ziel einer Farbbeutelattacke. Der Politiker vermutet Personen aus dem Umfeld einer sich selbst als "Reichsdeutsche" bezeichnenden rechten Gruppierung aus dem Landkreis. Diese hatten vor Wochen Schlagzeilen gemacht, als Mitglieder eines "Deutschen Polizei Hilfswerks" (DPHW) am 23. November im Radeburger Ortsteil Bärwalde einen Gerichtsvollzieher vorläufig festgenommen hatten. Bei einem der Männer soll es sich mit Volker Schöne um eine Person gehandelt haben, die noch bis vor kurzem noch in der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) aktiv gewesen ist und nach seiner Kritik an der geplanten Polizeireform aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden war.

Das selbst ernannte Hilfswerk will nach eigener Darstellung "Recht und Ordnung für alle" durchsetzen und legt dabei vor allem Wert auf "Nachbarschaftshilfe und menschliches Miteinander". Ziel des DPHW ist es, "die Lücken dort [zu schließen], wo kein Revier mehr ist oder wo zu große Lücken für den Bedarf an Polizeikräften entstanden sind". Nach Einschätzung des Amtsgerichtes Meißen erkennen "Reichsbürger" die Bundesrepublik Deutschland nicht als Staat an und zeichnen sich dadurch aus, dass etliche ihrer Mitglieder keine Steuern, Gebühren oder Bußgelder bezahlen.

Während der wegen der NSU-Pannenserie umstrittene Sächsische Verfassungsschutz die Gruppierung nach eigenen Angaben nicht beobachtet, hat nach der bekannt gewordenen Kritik inzwischen die Soko Rex Ermittlungen wegen Amtsanmaßung und Freiheitsberaubung aufgenommen. Die Linke kritisierte die Analysefähigkeit des Verfassungsschutzes als "mangelhaft". Zudem seien, so Kerstin Köditz von der Linken, einige führende Mitglieder der

„Reichsbürgerbewegung“ zuvor bereits als „Funktionäre der extremen Rechten“ aufgefallen.

(Update 12.12.)

Lichdi hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen ihn bereits im Februar 2011 eingeleitet hatte. Erst jetzt, also knapp zwei Jahre später, wurde die Aufhebung seiner Immunität als Landtagsabgeordneter beantragt. Wir bitten darum, den Fehler zu entschuldigen.

<http://www.addn.me/antifa/dresdner-staatsanwaltschaft-eroeffnet-erneut-ermittlungsverfahren/>

„Dresden Nazifrei“ ruft erneut zu Blockaden von Rechtsextremen Aufmärschen im Februar auf

DNN Online, 13.12.12

Dresden. Die Dresdner müssen selbst mehr tun gegen Naziaufmärsche in der Stadt, auf Unterstützung aus anderen Teilen des Freistaats oder gar dem gesamten Bundesgebiet können sie immer weniger setzen. Das sagte Silvio Lang, Pressesprecher des Bündnisses „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ am Donnerstag.

Diese Erkenntnis ist ein Ergebnis des Erfolgs, den das Bündnis beim Kampf gegen Aufmärsche Rechter in Dresden am 13. Februar erzielt hat, so Lang. „Der Großaufmarsch der Nazis in seiner bisherigen Form scheint Geschichte zu sein“, stellt das Bündnis in seinem neuen Blockadeaufruf zum 13. Februar 2013 fest. Lang formulierte es so: „Wir sind sehr zufrieden, wir haben in den letzten drei Jahren große Erfolge erzielt. Wenigstens auch 2013 wird Europas größter Naziaufmarsch nicht in Dresden stattfinden.“

Dafür rücken Magdeburg und Dortmund mehr ins Blickfeld der Rechten, so die Nazifrei-Aktivisten. Für Dresden heißt dies, dass es künftig mehr Mühe kostet, bundesweit mit Aktionsaufrufen für den 13. Februar Gehör zu finden. „Wir werden nicht die Unterstützung in dem Maße bekommen, in dem wir sie in den letzten Jahren hatten“, sagte Lang. Jetzt sei mehr eigenes Engagement gefragt.

Allerdings müsse am 13. Februar 2013 dennoch mit 1000 bis 1500 Rechtsextremen in der Stadt gerechnet werden. Am Wochenende darauf sei bisher aber kein Naziaufmarsch in der Landeshauptstadt geplant, so das Bündnis. „Nicht lange fackeln - Nazis blockieren“, haben die Aktivisten ihre Aktion für 2013 überschrieben. Sie wollen wieder verhindern, dass Rechtsextreme ungestört durch Dresden marschieren können und wenden sich zugleich gegen das stille Gedenken. „Wir begrüßen grundsätzlich, dass die Stadt an ihrer Gedenkkultur arbeitet“, sagte Lang, das stille Gedenken sei aber zu wenig, reflektiere die Geschichte der Stadt nicht ausreichend.

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Dresden-Nazifrei-ruft-erneut-zu-Blockaden-von-Rechtsextremen-Aufmaerschen-im-Februar-auf-2839328748>

Erfolg erschwert Protest

Bündnis Nazifrei: Magdeburg und Dortmund sind für Rechte wichtiger als Dresden

C. Springer, DNN, 14.12.2012

Die Dresdner müssen selbst mehr tun gegen Naziaufmärsche in der Stadt, auf Unterstützung aus anderen Teilen des Freistaats oder gar dem gesamten Bundesgebiet können sie immer weniger setzen. Das sagte gestern Silvio Lang, Pressesprecher des Bündnisses "Nazifrei! - Dresden stellt sich quer". Diese Erkenntnis ist ein Ergebnis des Erfolgs, den das Bündnis beim Kampf gegen Aufmärsche Rechter in Dresden am 13. Februar erzielt hat, so Lang. "Der Großaufmarsch der Nazis in seiner bisherigen Form scheint Geschichte zu sein", stellt das Bündnis in seinem neuen

Blockadeaufruf zum 13. Februar 2013 fest. Lang formulierte es so: "Wir sind sehr zufrieden, wir haben in den letzten drei Jahren große Erfolge erzielt. Wenigstens auch 2013 wird Europas größter Naziaufmarsch nicht in Dresden stattfinden." Dafür rücken Magdeburg und Dortmund mehr ins Blickfeld der Rechten, so die Nazifrei Aktivisten.

Für Dresden heißt dies, dass es künftig mehr Mühe kostet, bundesweit mit Aktionsaufrufen für den 13. Februar Gehör zu finden. "Wir werden nicht die Unterstützung in dem Maße bekommen, in dem wir sie in den letzten Jahren hatten", sagte Lang. Jetzt sei mehr eigenes Engagement gefragt. Allerdings müsse am 13. Februar 2013 dennoch mit 1000 bis 1500 Rechtsextremen in der Stadt gerechnet werden. Am Wochenende darauf sei bisher aber kein Naziaufmarsch in der Landeshauptstadt geplant, so das Bündnis.

"Nicht lange fackeln - Nazis blockieren", haben die Aktivisten ihre Aktion für 2013 überschrieben. Sie wollen wieder verhindern, dass Rechtsextreme ungestört durch Dresden marschieren können und wenden sich zugleich gegen das stille Gedenken. "Wir begrüßen grundsätzlich, dass die Stadt an ihrer Gedenkkultur arbeitet", sagte Lang, das stille Gedenken sei aber zu wenig, reflektiere die Geschichte der Stadt nicht ausreichend. Das sei auch der Fall, wenn in der Busmannkapelle künftig die Namen aller Toten der Angriffe vom Februar 1945 aufgelistet würden. "Da steht dann vielleicht der Name eines toten SS-Mitglieds neben dem eines jüdischen Opfers", gibt Lang zu bedenken. Das "Bündnis Nazifrei" will dem stillen Gedenken auch 2013 einen "Mahngang Täterspuren" entgegensetzen mit dem Ziel, "für die NS-Geschichte Dresdens zu sensibilisieren".

Etwa 150 Organisationen, Initiativen und Privatpersonen: unterstützen bisher den Aufruf des Bündnisses für den Februar 2013. Darunter sind unter anderem Politiker, Kirchenvertreter, Gewerkschaftler und Künstler. Durch diese Unterstützung sehen die Verantwortlichen ihre Aktionsformen gerechtfertigt. Außerdem, so führte Lang an, sei das Bündnis im November schließlich mit dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie für sein Engagement ausgezeichnet worden. Und eine DNN-Umfrage habe im Sommer ergeben, dass die Mehrheit der Dresdner Blockaden als Form des Protests gegen die Rechten mitträgt. Der "Nazifrei"-Sprecher bezog sich damit auf das DNN-Barometer. Das ergab im Sommer, dass 73 Prozent der Befragten Blockaden im Zusammenhang mit dem 13. Februar richtig finden.

13./19. Februar 2011 in Dresden: Juristisches Nachspiel dauert noch bis 2013

Uwe Hofmann, DNN-Online, 14.12.2012

Dresden. „Das ist schockierend“, sagt Martina Schulz. Sie ist seit Ende September rechtskräftig verurteilt, weil sie am 19. Februar 2011 gegen den Aufmarsch Rechtsextremer in Dresden auf die Straße ging. Sie hat keine Steine geworfen, keine Blockade gebaut, niemanden beleidigt – nur stundenlang dagestanden, an der Ecke Fritz-Löffler-Straße/Reichenbachstraße. Sie ist damit eine von elf Personen, die nach Zahlen der Staatsanwaltschaft Dresden verurteilt ist, weil sie gegen das Versammlungsgesetz verstoßen haben.

Eine verschwindend geringe Zahl, angesichts des dort angelaufenen Volumens an Verfahren. Von insgesamt 860 Ermittlungsverfahren gegen Demonstranten seien 648 beendet, teilt Oberstaatsanwalt Lorenz Haase mit. Bleiben 222 offene Verfahren, die man 2013 erledigt haben will.

In 175 Fällen hat die Staatsanwaltschaft bisher Klage erhoben oder einen Strafbefehl ausgestellt, davon wurden 46 eingestellt, 90 gegen die Zahlung von Geld oder die Ableistung von Stunden. 28 Gewalttäter, die Steine geworfen haben oder ähnliches, wurden bisher verurteilt, aus beiden politischen Lagern, wie Haase betont. Sie bekamen Freiheits- oder Jugendstrafen, die alle zur Bewährung ausgesetzt sind.

So schlimm ist es bei Martina Schulz nicht gekommen. Dass sie aber eine Strafe zahlen muss, ist für sie nach wie vor unverständlich. Deswegen hatte sie im Mai 2011 auch das Angebot, es gegen

eine Bußgeldzahlung erst gar nicht zum Verfahren kommen zu lassen, nicht angenommen. „Ich habe gedacht, dass ich nichts zu büßen habe“, sagt sie. Das denke sie heute noch.

Es kam ein Strafbefehl über 450 Euro, schließlich ein Gerichtsurteil über dieselbe Summe. Teuer haben die Prozesskosten die Strafe gemacht. Insgesamt 3456 Euro musste Schulz an die Justizkasse zahlen. Wobei letztlich das Bündnis Dresden Nazifrei für sie eingesprungen ist. Die Initiative hatte zuvor dazu ermuntert, es auf Verfahren ankommen zu lassen.

„Ich wollte bestätigt finden, dass das Recht, in Sicht- und Hörweite gegen einen solchen Aufmarsch zu demonstrieren, in Sachsen besteht“, sagt die 47-Jährige. Sie habe nicht blockieren, sondern neben der Nazidemo Gesicht zeigen wollen. Eine Unterscheidung, die vor Gericht keine Rolle gespielt habe. Dort habe es geheißen, dass sie sich moralisch nichts habe zuschulden kommen lassen, aber eben gegen Regeln verstoßen habe, erinnert sich die Dresdnerin kopfschüttelnd. Zur Erinnerung: Die Rechten sind damals erst gar nicht zum Marschieren gekommen, mussten unverrichteter Dinge vom Hauptbahnhof abreisen. Zu einer tatsächlichen Blockade hatte Schulz also gar keine Gelegenheit.

Völlig überrascht sei sie gewesen, als die Polizei am Ende eines langen Tages plötzlich anfing, die Gegendemonstranten einzukesseln. "Da hatten wir schon erfahren, dass die Rechten wieder im Zug sitzen", sagt sie. Als der Kessel geschlossen war, wurden die Demonstranten einzeln herausgelassen. Die Polizei registrierte ihre Personalien und schickte sie nach Hause. Bis zuletzt sei dabei alles friedlich geblieben, betont Schulz. Für sie begann das juristische Nachspiel mit unzähligen Schreiben, drei Verhandlungstagen vor Gericht und der gescheiterten Berufung.

Doch nicht nur mit Anzeigen gegen Demonstranten hat die Staatsanwaltschaft zu tun. Regelverstöße haben Demonstranten auch bei Einsatzkräften angezeigt. Hier ist die Ermittlungsquote allerdings mau. Von 19 Verfahren sind neun aus Mangel an Beweisen eingestellt, teilt Oberstaatsanwalt Haase mit. Noch offen ist das Ermittlungsverfahren gegen den Leiter einer Rettungsleitstelle, der – auch gegen den Willen der Einsatzkräfte vor Ort – die Reichenbachstraße zum Eskalationsgebiet erklärt haben soll. Rettungskräfte seien deshalb nicht ausgerückt, um sich nicht selbst zu gefährden. Eine gestürzte Frau aus Nürnberg habe deswegen stundenlang auf ihre medizinische Versorgung warten müssen lautet der Vorwurf.

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/dresden-nachrichten/detail/-/specific/13-19-Februar-2011-in-Dresden-Juristisches-Nachspiel-dauert-noch-bis-2013-891198486>

Bündnis „Dresden nazifrei“ startet Mobilisierung für Aktionen am 13. Februar 2013

ttr, DNN-Online, 15.12.2012

Dresden. Mit einer Kundgebung und Flyerverteilen vor der Dresdner Altmarktgalerie hat das Bündnis „Dresden nazifrei“ am Samstagnachmittag seine Kampagne 2013 begonnen. Die Mitglieder des losen Zusammenschlusses forderten die Dresdner auf, sich auch im kommenden Februar eventuellen Aufmärschen von Nationalsozialisten entgegenzustellen.

Dazu verlas Stadträtin Margot Gaitzsch (Die Linke) zwischen 14 und 16 Uhr mehrmals den Aufruf des Aktionsbündnisses. Ihre etwa 25 Mitstreiter verteilten 4000 bis 5000 Informationsblätter an die vorbeiströmenden Passanten am Dr. Külz-Ring. Auch Johannes Lichdi (Bündnis 90/Grüne) schaute kurz vorbei. Angemeldet hatten die Veranstaltung Margot Gaitzsch und Andreas Herwig (Bündnis 90/Grüne).

„Mit der Veranstaltung wollen wir Präsenz zeigen, mit den Leuten ins Gespräch kommen und sie informieren. Wir haben versucht, eine Aktion zu machen, die ein bisschen in die weihnachtliche Stimmung passt“, so Mitorganisator Herwig. „Von daher sind wir zufrieden mit der Resonanz, speziell von Seiten der Aktiven. Dieses Jahr müssen wir die Kampagne ja ohne große überregionale Unterstützung auf die Beine stellen.“

Unter dem Motto „Nicht lange fackeln – Nazis blockieren“ wollen die Aktiven des Bündnisses „Dresden nazifrei“ verhindern, dass der Jahrestag des Bombardements für eine Geschichtsverklärung missbraucht wird. Der sogenannte Trauermarsch der Nationalsozialisten, bei dem der Toten gedacht werden soll, suggeriere, dass Dresden eine „unschuldige Stadt“ voller Opfer gewesen sei. Um mit diesem Mythos zu brechen und für die nationalsozialistische Geschichte zu sensibilisieren, werde es wie im Vorjahr auch im Februar 2013 wieder einen Mahngang „Täterspuren“ geben, so Vertreter des Aktionsbündnisses. Dieser Spaziergang führt zu Orten, an denen Faschisten lebten und arbeiteten.

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail/-/specific/Buendnis-Dresden-nazifrei-startet-Mobilisierung-fuer-Aktionen-am-13-Februar-2013-1680473993>

13. Februar - "Nazifrei" begrüßt Pläne zum Heidefriedhof

C. Springer, DNN, 21.12.2012

Das Bündnis "Nazifrei! -Dresden stellt sich quer" begrüßt den Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft (AG) 13. Februar, den Heidefriedhof "von einem Gedenkort zu einem Lernort weiterzuentwickeln". Das teilte das Bündnis gestern auf seiner Internetseite mit. "Aus unserer Sicht erfordert dies- kritisch zu hinterfragen, wie in Dresden Kultur und Orte des Erinnerns an die Zeit des Nationalsozialismus überhaupt erst entstanden sind und für deren historischen Kontext zu sensibilisieren." Genau das plant die AG 13. Februar: Man müsse "die widersprüchliche Entstehungsgeschichte der Memorialanlagen thematisieren", hatte am Mittwoch Matthias Neutzner erklärt, der Vorsitzende der Interessengemeinschaft 13. Februar, die in der AG mitarbeitet. "Vor Ort" sollten die einzelnen Anlagen und Bauten "interpretiert" werden, sagte Neutzner. Es könnten dort also künftig an dafür passenden Stellen Tafeln oder Schilder stehen, die die Anlage und deren Entstehungsgeschichte erklären. "Da sind viele miteinander konkurrierende Geschichtsbezüge angeordnet", beschrieb Neutzner den Heidefriedhof.

Bei dem Treffen von "Nazifrei" mit der AG 13. Februar, das der AG-Moderator Frank Richter für Anfang Januar angekündigt hat, soll es sich laut dem Bündnis um "vertrauliche Gespräche" handeln. "Wir respektieren jede Art, sich den Nazis am 13. Februar entgegenzustellen", so die "Nazifrei" Verantwortlichen. An ihrer eigenen Strategie lassen sie indes keine Zweifel zu. Sie hielten "klar" an ihrer Absicht fest, den Naziaufmarsch am 13. Februar auch 2013 zu blockieren, teilten sie mit.